

geringem Maße gelungen. Die Mitgliederschaften blieben westorientiert, zeigten aber Arrangementbereitschaft; das entsprach in der Grundstruktur dem Verhalten der Gesamtbevölkerung.

Das Scheitern der Blockparteien als Transmissionsorganisationen zeigte sich am deutlichsten bei der CDU. Gerade im Herbst 1989 trat offen zutage, daß kirchliche Diskussionen und Interessen stärker auf die Partei wirkten als umgekehrt, ein Faktum, das die SED bereits in früheren Jahren konstatiert hatte. Folgt man den internen Berichten Gerald Göttings, dann waren 1972 die Gegenstimmen und Stimmenthaltungen von Christdemokraten beim Volkskammerbeschluß über die Reform des § 218 dem innerparteilichen Einfluß der Religionsgemeinschaften zuzuschreiben.

Die unter dem Dach der Kirchen geführten Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung schließlich griffen 1989 auf die Union über und führten letztlich die Wende auch in dieser Partei herbei. Darüber legen die im CDU-Archiv überlieferten Dokumente beredt Zeugnis ab.

Doch gab es aus SED-Sicht auch Positives zu verzeichnen. Zu Zehntausenden hatten die Mitglieder der Blockparteien staatliche Ämter und Aufträge übernommen, zumeist unbezahlte und unbeliebte, etwa als Wahlhelfer in der Nationalen Front. In diesem staatsloyalen Engagement unterschieden sie sich – zumindest graduell – von der Gesamtbevölkerung. Die SED wußte die Unterstützungsbereitschaft der von der Sache weithin nicht Überzeugten durchaus zu schätzen. Sie waren eine zwar nur bedingt zuverlässige, aber wichtige Kaderreserve, ohne deren Mitwirkung das Gesamtsystem kaum funktioniert hätte. Die zahlenmäßigen Erfolgsbilanzen waren halt nicht nur Makulatur. Die Blockparteien hatten in der Tat ihren Anteil an dem, was in der DDR geschah – am Guten wie am Bösen.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. – Ich meine, wir sollten, wenn Fragebedarf vorhanden ist, im Anschluß an die Vorträge der drei Referenten eine kurze Fragerunde machen. Deshalb möchte ich Sie, Herr Dr. Suckut, jetzt zunächst hier verabschieden und Herrn Dr. Lapp nach vorn bitten. Herr Dr. Peter Joachim Lapp ist Redakteur in der Abteilung „Dokumentation Ost-West“ des Deutschlandfunks in Köln. Er hat eine Reihe von Studien über die ehemalige DDR, jetzt aber auch Portraits über die fünf neuen Länder geschrieben. Er hat sich insbesondere auch beschäftigt mit den Grenztruppen der DDR, mit der Volksmarine, mit der Traditionspflege, mit Teilen des politischen Systems der DDR und natürlich auch mit den Blockparteien.

Herr Dr. Lapp wird zu uns sprechen über das Thema „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“. Bitte, Herr Lapp.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wer

in der ehemaligen DDR vor der Wende im Herbst 1989 damit rechnen mußte, daß die Republik auch ihren 50. Geburtstag erleben würde, für den war allein die Existenz von Parteien neben der führenden SED ein Wert an sich.

Und in den Augen ihrer damaligen Mitglieder und Freunde – Ende der 80er Jahre zählten sie immerhin fast eine halbe Million Parteimitglieder – waren DDR-CDU, LDPD, NDPD und DBD politische Überlebensnischen und Organisationen der Lebens- und Berufshilfe in einer marxistisch-leninistisch bestimmten Umwelt.

Vor Ort ging man freundschaftlich bis familiär miteinander um. Man befand sich in einer Außenseiterrolle gegenüber der angeblich sozialistischen Gesellschaft, und das verband.

Mitglieder der vier Blockparteien gehörten mehrheitlich zu Klassen bzw. Schichten, die von der führenden SED als eher zweitrangig eingeschätzt und eingeordnet wurden. Die Parteien waren außerdem davon bedroht, dann, wenn der Kommunismus ausbrechen sollte, abgeschafft zu werden. Sie sahen sich einer „gesetzmäßig wachsenden Rolle“ der „Partei der Arbeiterklasse“ gegenüber, die immer beinhalten konnte, jähe Wendungen zu erleben und zum Beispiel einem Aufnahmestopp ausgesetzt zu sein.

Aus der Sicht ihrer fast 500 000 Mitglieder handelte es sich bei den vier Parteien um Gebilde, die von den Schalthebeln der Macht ferngehalten wurden, aber dennoch bemüht waren, Ideen nichtkommunistischer Herkunft in den zentralen, territorialen und örtlichen Entscheidungsprozeß einzubringen. Der jeweiligen Parteiführung in Ost-Berlin traute man zwar in den „großen“ Fragen der Politik ebensowenig über den Weg wie der SED-Leitung, doch wußte man um die Abhängigkeit der Blockpartei-Oberen. Man erkannte, daß diese die Führung der SED akzeptieren mußten, sich den Weisungen aus der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ in allen Fällen zu beugen hatten. Und natürlich war in Kreisen der Mitglieder und Freunde der Blockparteien bekannt, daß die eigenen leitenden Funktionäre allesamt mit Förderung und Billigung der SED ihre Ämter erhielten und diese nur halten konnten, wenn sie das Vertrauen der Einheitssozialisten rechtfertigten.

Daß es sich bei der eigenen Blockparteileitung vielfach um eine Negativauslese handelte, war gängige Meinung. Aber: Man unterstützte und sympathisierte doch mit denjenigen Funktionären, die die geringen Handlungsräume ausnutzten und versuchten, wenigstens in Teilbereichen eigene Vorstellungen einzubringen.

Das war seit Anfang der 80er Jahre mehr als zuvor möglich, da sich die führende Partei offensichtlich entschlossen hatte, ihre „Bündnispolitik“, wie sie das nannte, wieder einmal zu aktivieren. Und sogleich stiegen als Folge dieser erweiterten Mitgestaltungschancen der Blockparteien auch ihre Mitgliederzahlen. Insbesondere auch aufgrund der Mitte der 70er Jahre